

Ein Jahr Merz

Eine vorläufige Bilanz der schwarz-roten Bundesregierung



Vorschusslorbeeren.

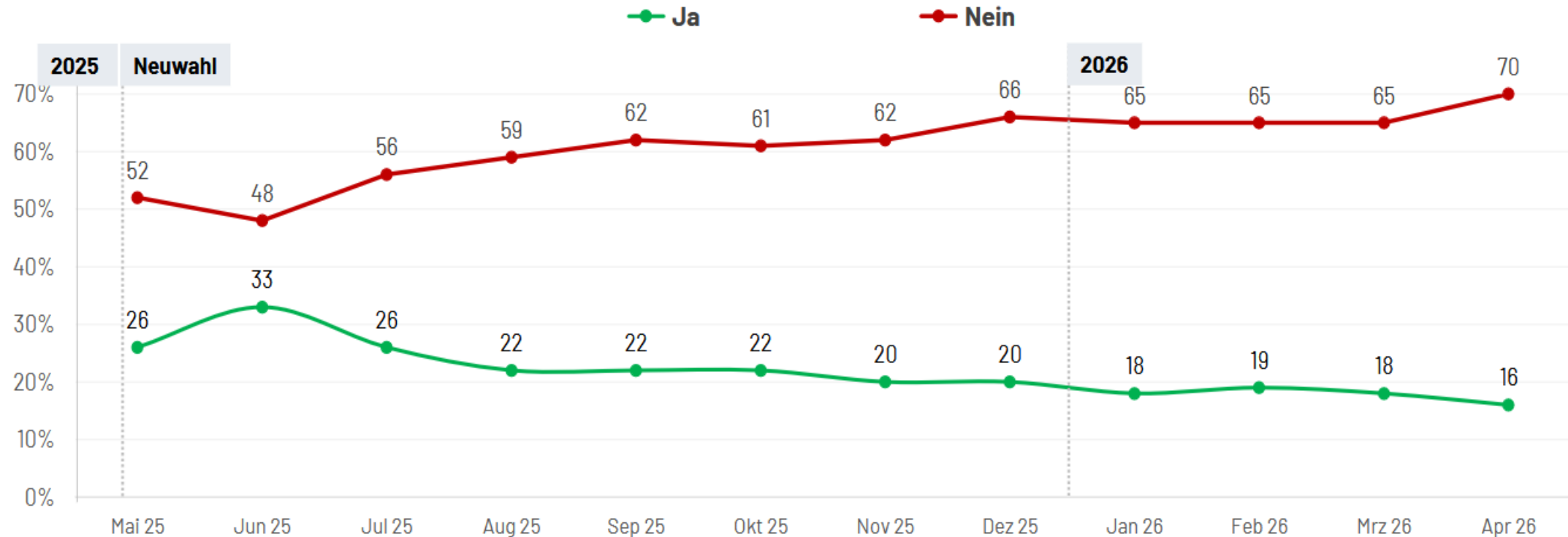
Karikatur: Heiko Sakurai

Vertrauen in die schwarz-rote Koalition aus CDU/CSU und SPD im Zeitverlauf

Sieben von zehn Deutschen glauben nicht, dass die Regierungskoalition den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen ist; Skepsis seit Jahresbeginn konstant mit neuerlichem Anstieg



„Glauben Sie, dass die Koalition aus CDU/CSU und SPD den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen ist?“



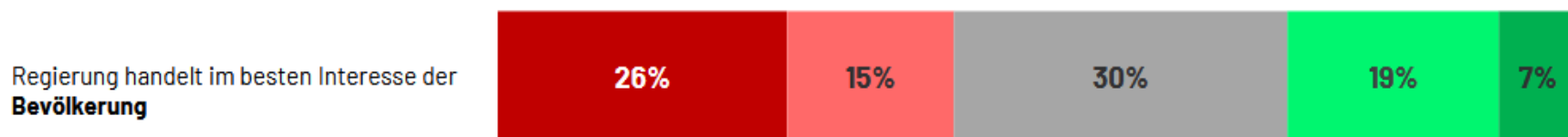
Quelle: IPSOS Politische Meinungsfrage in Deutschland Januar bis April 2026

Vertrauen in das Handeln der Bundesregierung (Januar 2026)

Nur eine Minderheit vertraut darauf, dass die Regierung in ihrem Interesse handelt, fast die Hälfte meint, die Regierung handelt nicht im Interesse von Menschen wie ihnen

„Bitte bewerten Sie nun auf einer Skala von 1 bis 5, wie sehr Sie darauf vertrauen, dass die folgenden politischen Institutionen **im besten Interesse der Bevölkerung** handeln, wobei 1 „vertraue überhaupt nicht darauf“ und 5 „vertraue voll und ganz darauf“ bedeutet.“

„Und wie sehr vertrauen Sie darauf, dass die genannten Institutionen **im besten Interesse von Menschen wie Ihnen** handeln? 1 bedeutet „vertraue überhaupt nicht darauf“ und 5 „vertraue voll und ganz darauf“.“



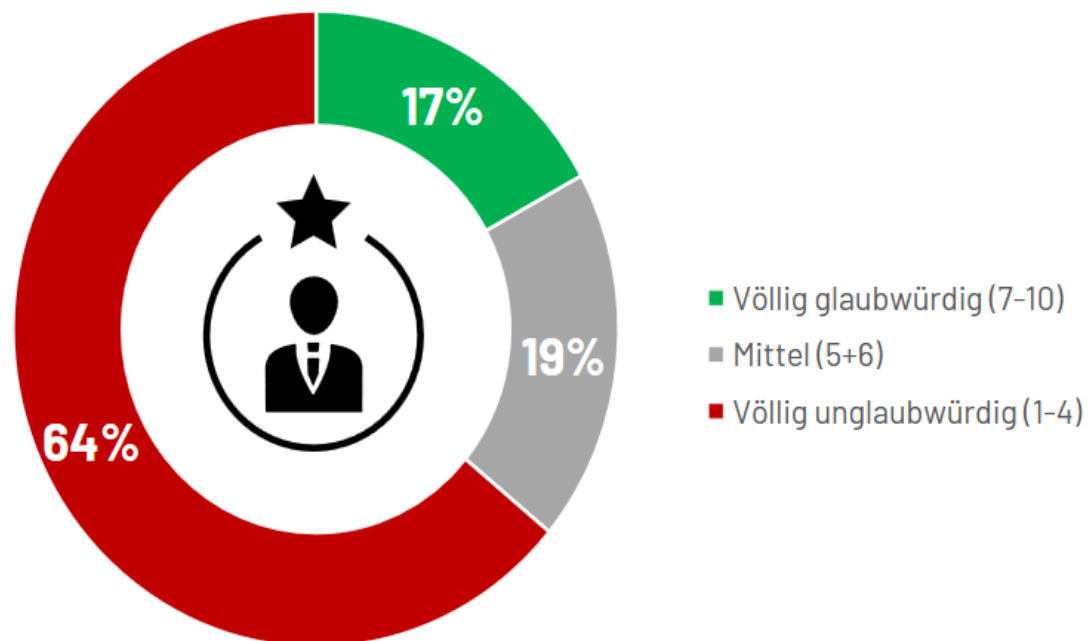
■ 1 – Vertraue überhaupt nicht darauf ■ 2 ■ 3 ■ 4 ■ 5 – Vertraue voll und ganz darauf

Basis: Repräsentativ quitierte Online-Befragung von Wahlberechtigten in Deutschland zusätzlich gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und vorherigen Wahlen. Im Totalwert sind auch die Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Abweichungen von 100 Prozent entstehen durch die nicht dargestellten Antworten „Weiß nicht“/„Keine Angabe“. 1000 Befragte. Feldzeit: 09. bis 11. Januar 2026.

Wahrnehmung der Glaubwürdigkeit von Bundeskanzler Friedrich Merz (Januar 2026)

Fast zwei Drittel der Deutschen halten Bundeskanzler Friedrich Merz für unglaubwürdig

„Und als wie glaubwürdig empfinden Sie das politische Handeln von Bundeskanzler Friedrich Merz?“



Basis: Repräsentativ quitierte Online-Befragung von Wahlberechtigten in Deutschland zusätzlich gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und vorherigen Wahlen. Im Totalwert sind auch die Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Abweichungen von 100 Prozent entstehen durch die nicht dargestellten Antworten „Weiß nicht“/„Keine Angabe“. 1000 Befragte. Feldzeit: 09. bis 11. Januar 2026.

Gliederung des Impulses

1. Einstieg: Eine extrem unpopuläre und unglaubwürdige Regierung
2. Die Ausgangslage: Wahlkampf und Wahlergebnis
3. Erste politische Entscheidungen der neuen Regierung
4. Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot
 - Finanzpolitik
 - Migrationspolitik
 - Wirtschaftspolitik
 - Klima- und Umweltpolitik
 - Sozialpolitik
 - Außen und Sicherheitspolitik
5. Strukturelle Probleme der Koalition

Die Ausgangslage im Winter 2024/25

- Anhaltende **Regierungskrise der Ampel**, ausgelöst durch das BVerfG-Urteil vom 15.11.2023, das die Übertragung der Kreditermächtigungen für die Coronapolitik auf den Klima- und Transformationsfonds im Februar 2022 für verfassungswidrig erklärte.
- Daraus Zuspitzung der Konflikte zwischen SPD und Grünen einerseits, der FDP andererseits
- Habeck schlägt im Oktober 2024 einen mehrere hundert Milliarden umfassenden Deutschlandfonds vor.
- FDP veröffentlicht das Papier „Wirtschaftswende Deutschland“, das von SPD und Grünen als Kriegserklärung verstanden wird.
- Bundeskanzler Scholz fordert Lindner auf, die Schuldenbremse auszusetzen.
- Lindner weigert sich, Scholz entlässt ihn am 06.11.2024

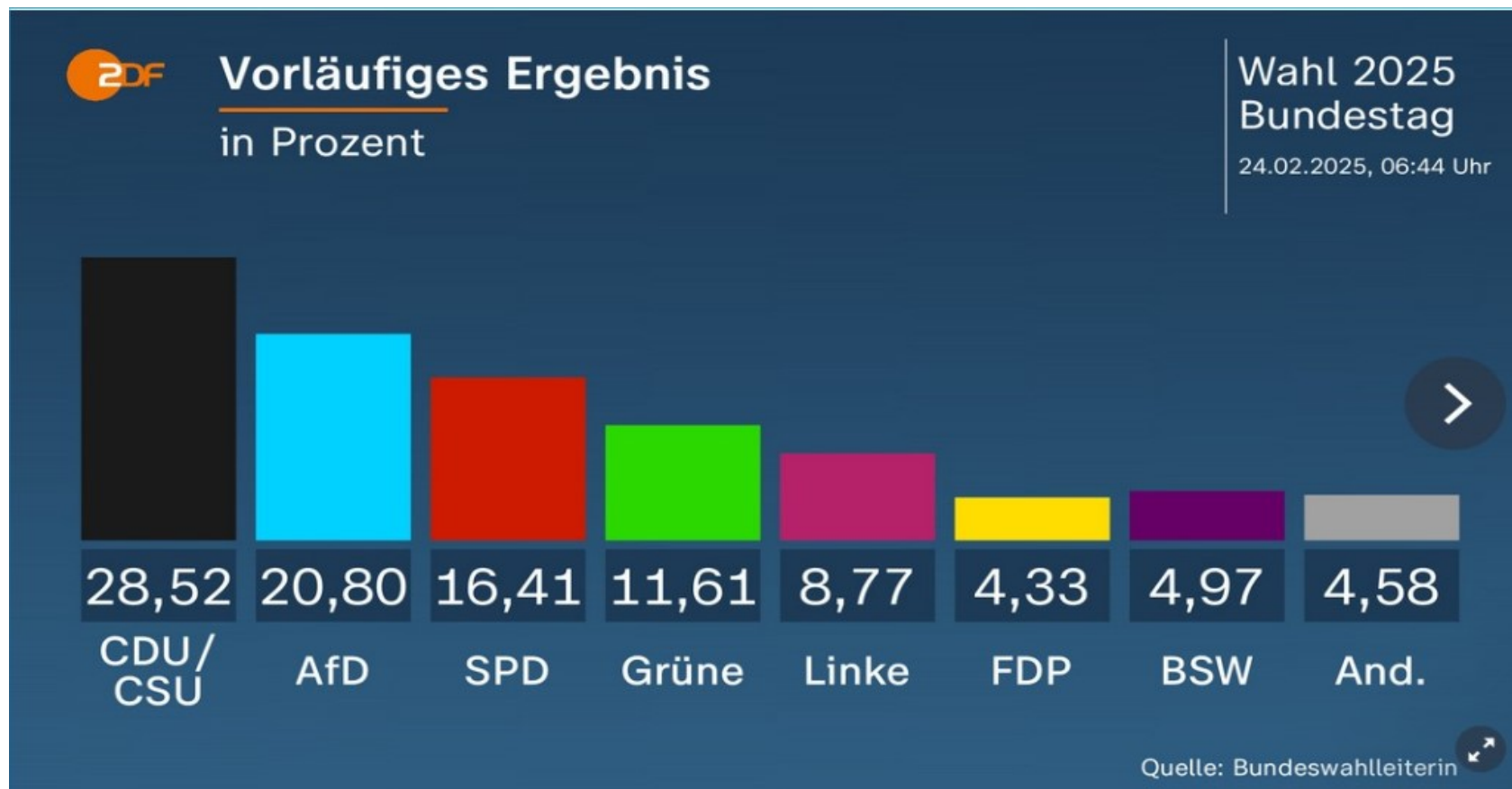
Schwerpunkte des Wahlkampfes - CDU

- **Stopp der illegalen Migration.** Nach dem Anschlag von Aschaffenburg am 22.01.2025 gemeinsame Mehrheit mit AfD und FDP für den 5-Punkte Plan der Union, obwohl Merz zuvor versprochen hatte, keine Mehrheiten mit der AfD zu suchen.
- **Keine neue Staatsverschuldung,** Einhaltung der Schuldenbremse. Keine Steuererhöhungen. Der Staat muss mit den Einnahmen auskommen.
- **Wirtschaftlicher Aufschwung,** Wachstumsbremsen beseitigen
- **Reform des Sozialstaats, Abschaffung des Bürgergelds**

Schwerpunkte des Wahlkampfes - SPD

- **Rentenniveau sichern, Sozialstaat verteidigen**
- **Personalisierung** um Scholz (Merz kann's nicht)
- **Friedenspolitik** (Telefongespräch mit Präsident Putin)
- Nach der Abstimmung der Union mit der AfD am 29.01.2025
Kampf gegen Rechts, Massendemonstrationen

Ergebnis der Bundestagswahl 2025



Erste politische Entscheidungen der Koalition: Wortbruch und Wahlgeschenke

- **Neues Sondervermögen**, finanzpolitischer „Wortbruch“ der Union
- **Bedienen von Sonderinteressen/Wahlgeschenke**
Senkung der Mehrwertsteuer für Gastronomie, Subventionen für Agrardiesel, Erhöhung der Pendlerpauschale, Erhöhung des Betrags für Dienstwagen, Ankündigung einer Erhöhung der Mütterrente für vor 1992 geb. Kinder, Subventionierung von E-Autos.
- **Grenzkontrollen und Verschärfung der Migrationspolitik**
- **Steuererleichterungen für Unternehmen** (u.a. degressive Abschreibung, schrittweise Senkung der Körperschaftssteuer)
- **Relativierung der ökologischen Transformationsziele**
- **Außenpolitik:** Versuch einer Wiederbelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, Stärkung der Unterstützung für die Ukraine, Lavieren gegenüber Trump

Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot

Finanzpolitik 1

Grundgesetzänderung durch Koalition und Grüne

Art. 109 und 115 GG nehmen nun die 1% des BIP übersteigenden Verteidigungsausgaben von den Kreditbeschränkungen aus und erlauben auch den Ländern Kreditaufnahme in Höhe von 0,35% des BIP.

Art. 143 wird so geändert, dass der Bund ein Sondervermögen für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 mit einem Volumen von bis zu 500 Mrd. € errichten kann.

Davon sollen 100 Mrd. in den Klima- und Transformationsfond fließen.

Kanzler Merz zur Schuldenbremse

„Ich schließe eine Zustimmung meiner Fraktion zu einer Aufweichung der Schuldenbremse des Grundgesetzes heute von dieser Stelle aus erneut aus.“ (Merz im Bundestag, Januar 2024)

„Es ist in der naheliegenden Zukunft ausgeschlossen, dass wir die Schuldenbremse reformieren.“ (Merz nach der Wahl am 25.2.2025)

Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot

Finanzpolitik 2

Das Sondervermögen schafft nur kurzfristig Luft.

Zum einen wird von Beginn an befürchtet, dass das Sondervermögen zum Stopfen von Haushaltslöchern benutzt wird. Insbesondere die Grünen kritisieren immer wieder, die Regierung halte sich nicht an die ursprünglichen Zusagen zur Verwendung des Geldes.

Zum anderen steigen mit den neu aufgenommenen Krediten die jährlichen Zinskosten, die im Jahr 2026 bereits 98 Milliarden Euro betragen und bis 2030 auf 153 Milliarden ansteigen werden (Quelle: SZ 30.4./1.5.).

Der Zwang zu drastischen Einsparungen oder Steuererhöhungen wird also nur verzögert.

Dieser Grundkonflikt wird insbesondere bei der bevorstehenden Steuerreform aufbrechen.

Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot

Migrationspolitik 1

Unter den Parolen

„Begrenzung und Ordnung“ und „Verstärkte Rückführungsoffensive“

- **„Verschärfung“** der bereits von Nancy Fraser 2024 eingeführten **Grenzkontrollen** an allen deutschen Grenzen
- **Zurückweisung** auch von Asylsuchenden (bis 4/2026 etwa 1360 Personen) Verwaltungsgericht Koblenz erklärt dies für unzulässig.
- Zahl der Zurückgewiesenen insg. bleibt aber gleich (2000-3000 pro Monat)
- **Abschiebungen** vor allem nach Afghanistan und Syrien (Zahl sinkt jedoch gegenüber 2024). Abkommen mit Afghanistan, Gespräche mit syrischer Regierung.

Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot

Migrationspolitik 2

- **Aussetzung des Familiennachzugs** für subsidiär Schutzberechtigte für 2 Jahre
- Anwendung von **Anspruchseinschränkungen** nach Asylgesetz
- **Einbürgerungsmöglichkeit** nach 3 Jahren soll abgeschafft werden
- Unterstützung der **Reform des europäischen Asylsystems**, das Asylverfahren an der Außengrenze vorsieht.

Insgesamt eine stark **symbolische**, auf PR-Effekte gerichtete Politik, was durch entsprechende Äußerungen von Dobrindt und Merz („Stadtbild“) unterstrichen wird, dennoch:

Starker Rückgang der Asylgesuche von 350.000 im Jahr 2023, auf 250.000 im Jahr 2024 und 170.000 im vergangenen Jahr.

Bilanz nach einem Jahr Schwarz-Rot

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Bundesregierung begegnet der anhaltenden Wachstumsschwäche zunächst durch

Höhere öffentliche Investitionen und einen
„Investitionsbooster“ (Juni 2025):

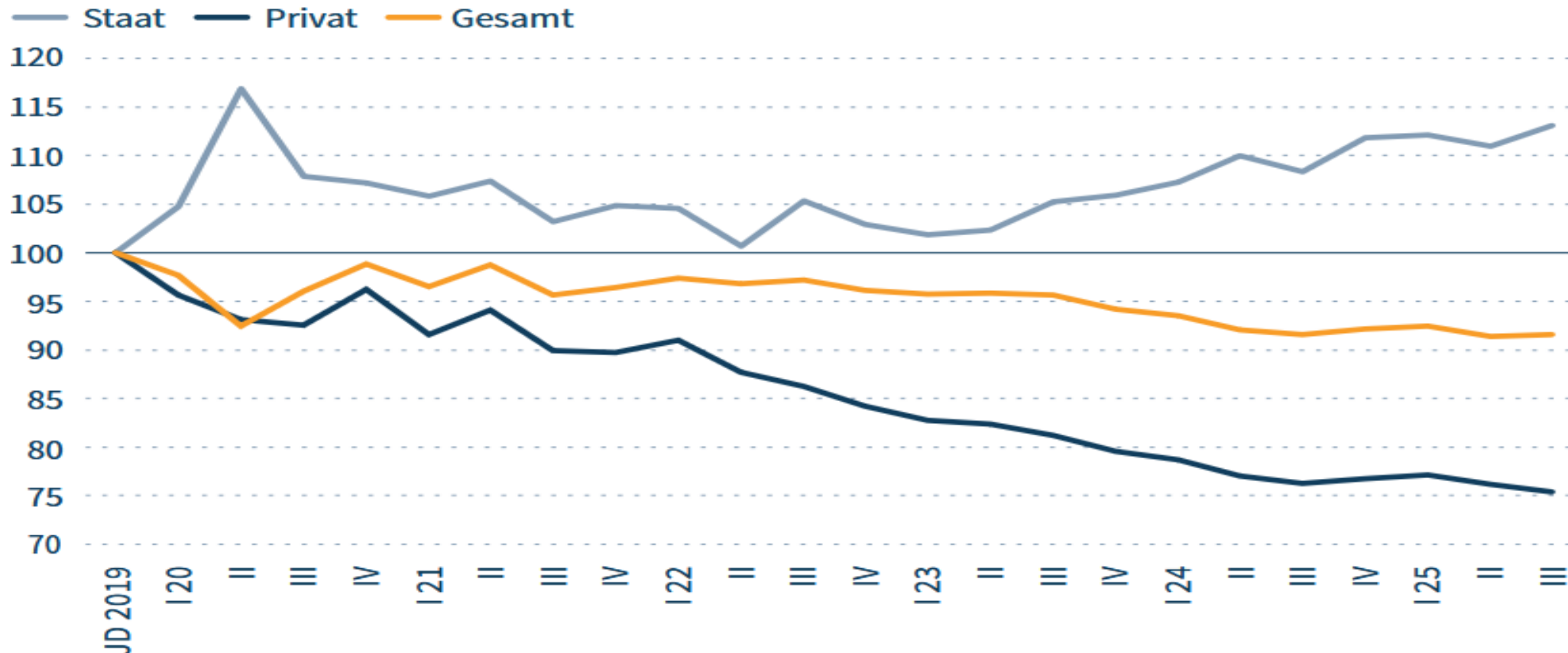
- Degressive Abschreibung von 30% für zwei Jahre
- Schrittweise Senkung der Körperschaftssteuer von 15 auf 10% bis 2032
- Ausbau der Forschungszulage für Unternehmen
- Preisobergrenze von Dienstwagen von 75 000 auf 100 000 € angehoben, plus 75-prozentige Abschreibung im ersten Jahr

Investitionen in Deutschland

Entwicklung der staatlichen und privatwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland

Abbildung 1

Preis-, saison- und arbeitstägig bereinigte Bruttoanlageinvestitionen des Staates und der Nichtstaatlichen Sektoren, Index: Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Wachstumsschwäche aus Sicht der Unternehmen

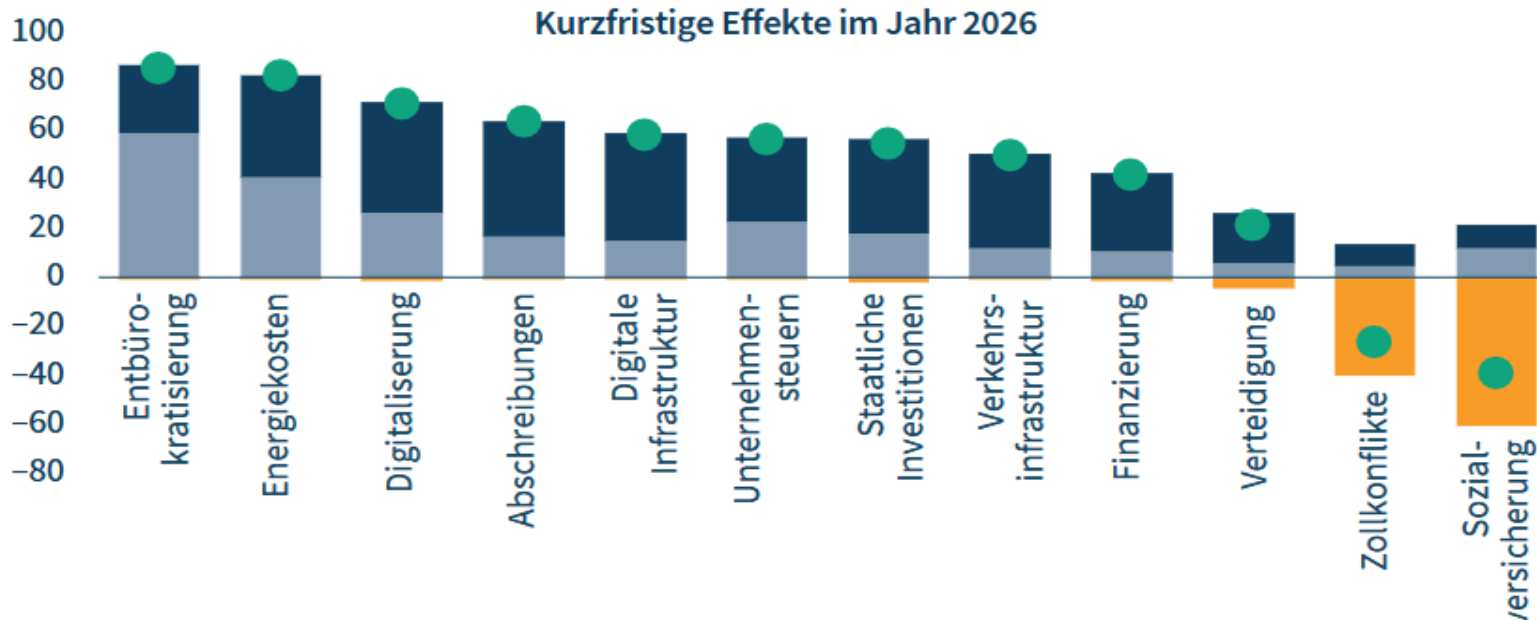
Quelle: IW-Trends 4/2025

Einfluss von politischen Vorhaben und Entscheidungen auf die Investitionstätigkeit in Deutschland

Abbildung 3

Anteile an den befragten Unternehmen¹⁾ nach Investitionswirkungen in Prozent sowie Saldo aus (deutlich und schwach) positivem und negativem Einfluss in Prozentpunkten

■ Deutlich positiver Einfluss ■ Schwach positiver Einfluss ■ Negativer Einfluss ● Saldo



Klima- und Umweltpolitik

Laut Koalitionsvertrag hält die Bundesregierung am Ziel der **Klimaneutralität bis 2045** fest, aber:

- Statt den Ausbau von Speicherkapazitäten voranzutreiben, plant das Wirtschaftsministerium mehr **neue Gaskraftwerke** als im Koalitionsvertrag vorgesehen.
- Aufhebung des Verbots der unterirdischen CO2 Speicherung
- Reiche will **Einspeisevergütung für Solaranlagen** streichen, befürwortet neue Kernkraftwerke.
- **Neues Heizungsgesetz**: Die 65% Regel für erneuerbare Energien des alten Gesetzes fällt. Gas- und Ölheizungen dürfen auch nach 2045 eingebaut werden. Dafür ist eine **Biotreppe** vorgesehen, die wachsenden Anteil von „klimafreundlichen Brennstoffen“ vorsieht. (2019 10% bis 2040 60%)
- Flugverkehrssteuer gesenkt.
- Auf europäischer Ebene Unterstützung der „Reform“ des Verbrenner-Aus bis 2025.

Energiepolitik wird als Befreiung von Zwängen inszeniert

Quellen: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimabilanz-regierung-merz-100.html>

FAZ 4. Mai 2026, S. 3. <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/entwurf-zum-neuen-heizungsgesetz-liegt-vor-das-steht-drin,Vllul4i>

Sozialpolitik 1

Bürgergeld

Bürgergeld wird durch neue Grundsicherung ersetzt.

Ab dem 1. Juli 2026 gilt:

- Grundstruktur mit Regelbedarf, Kosten der Unterkunft und Mehrbedarfen bleiben erhalten.
- Die Regelsätze werden auf den Stand von 2024 eingefroren. Beispiel: Alleinerziehende monatlich 537 €, Kind bis 5 Jahre 357 €.
- Verschärfung der Arbeitspflicht; Bei Ablehnung von Arbeitsangeboten schärfere Sanktionen bis zu befristeten Totalsanktionen.
- Strengere Vermögenskontrollen, weniger Schonregeln.

Sozialpolitik 2

Rentenreform

„Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus[°] und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten“ zum 01.12.2026

- **Rentenniveau** wird bis 2031 bei 48% stabilisiert.
- **Mütterrente III** (auch für vor 1992 geborene Kinder 3 Jahre Kindererziehungszeit, soll 2027 in Kraft treten)
- **Aufhebung des Anschlussverbots** (leichtere befristete Weiterarbeit beim Arbeitgeber nach Erreichung des Rentenalters)

[°] Das **Rentenniveau** gibt an, wie viel Rente jemand bekommt, der 45 Jahre lang immer zum Durchschnittslohn gearbeitet hat – im Verhältnis zum aktuellen Durchschnittslohn.

Sozialpolitik 2

Rentenreform

- **Stärkung der Betriebsrenten** (u. a. steuerliche Förderung für Geringverdiener, Pensionskassen wird höherer Aktienanteil erlaubt)
- **Aktivrente** (ermöglicht Rentnern bis 2000 € steuerfrei hinzuzuverdienen)
- Eckpunkte für eine **Frühstartrente** (Staat fördert mit 10 € pro Monat private Altersversorgung für Kinder ab 6)

Einsetzung einer Expertenkommission zu einer grundlegenden Reform

Quellen: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/betriebsrente-2381928>

<https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze-und-Gesetzesvorhaben/gesetz-stabilisierung-rentenniveau-gleichstellung-kindererziehungszeiten.html>

Sozialpolitik 3

Gesundheitsreform

(vom Kabinett beschlossen)

Kernpunkte:

- Beitragsbemessungsgrenze wird um 300 € erhöht.
- Kostenlose Mitversicherung des Ehepartners eingeschränkt (nur noch für Paare mit Kindern unter 7 Jahren oder familiären Pflegefällen; sonst 2,5% Beitragszuschlag).
- Höhere Zuzahlung für Medikamente (bis zu 15 €)
- Zweitmeinung bei Operationen
- Homöopathie und Hautkrebsscreening entfällt als Kassenleistung

Sozialpolitik 3

Gesundheitsreform

- Zuschuss auf Zahnersatz gesenkt
- Teilkrankschreibung (25, 50, 75 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit)
- Krankengeld bleibt in voller Höhe erhalten
- Abgabe auf zuckergesüßte Getränke
- Streichung von Zusatzvergütungen für Ärzte

Bund kürzt Zuschüsse um 2 Milliarden Euro, steigt gleichzeitig ein in die Mitfinanzierung der **Kosten für Grundsicherungsempfänger** (mit 250 Mio., bei geschätzten Kosten von 12 Mrd. pro Jahr)

Schlagzeilen zur Gesundheitsreform

Schwäbisches Tagblatt 30.04.26

Der Bund gibt Millionen – und nimmt Milliarden.

Süddeutsche Zeitung 30.04.26

Kassen sparen, Versicherte zahlen.

Frankfurter Allgemeine 30.04.26

Schwarz-Rote Reformen

Diese Koalition ist nicht mehr zu retten.

Grundzüge der Außen- und Verteidigungspolitik 1

- Versuch einer **Neubelebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit**, insbesondere im militärischen Bereich. Geriet mittlerweile ins Stocken (etwa beim Kampfjetprojekt FCAS).
- **Lavierem gegenüber Trump**, mit dem Ziel die Nato zu erhalten. Scheint nach kritischen Äußerungen zum Irankrieg nicht mehr zu funktionieren.
- Festhalten an der nahezu bedingungslosen **Unterstützung Israels**, auch wenn das zu Spannungen innerhalb der EU führt.
- Vertiefung der Kooperation mit Staaten, die gegenüber den Großmächten an einer **Verteidigung der verrechtlichten internationalen Ordnung** interessiert sind. Bedeutende **Freihandelsabkommen** der EU, Zusammenarbeit mit Kanada, Japan und Australien.

Grundzüge der Außen- und Verteidigungspolitik 2

- Erstmals **Steigerung der Verteidigungsausgaben** auf über 2 Prozent des BIP, geplant ist eine Steigerung auf 3,5 Prozent bis 2029.
- Diskussion über eigene **europäische nukleare Abschreckung**
- **Wehrpflicht** bleibt ausgesetzt, aber „**Neuer Wehrdienst**“ beschlossen, der Wehrerfassung und Musterung für Männer (ab Jahrgang 2008) vorsieht.
- **Kann eine Europäisierung der Außen- und Verteidigungspolitik gelingen?**

Strukturelle Probleme der Koalition (1)

- Friedrich Merz hat während seiner Zeit als Oppositionsführer (mehr noch im Wahlkampf) hohe Erwartungen an eine politische Wende nach rechts geweckt. Diese kann er in einer Koalition mit der SPD nicht erfüllen, z.T. waren sie von vornherein unrealistisch und populistisch.
- Inhaltlich setzt die Union unter Merz konsequent auf eine wirtschaftsliberale Angebotspolitik, die SPD muss Arbeitnehmerinteressen verteidigen
- Die Koalitionsparteien müssen nicht nur gemeinsam Handlungsfähigkeit beweisen. Sie stehen zudem unter dem Druck, ihre jeweilige Stammklientel zufriedenzustellen – für die Union etwa die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, für die SPD die Sozialverbände und Gewerkschaften.
- Daraus folgt, dass nennenswerte Teile beider Koalitionsparteien immer wieder gegen erreichte Kompromisslösungen mobilisieren (müssen).

FAZ: „Je schwächer SPD und Union werden, desto mehr gehen sie auf Distanz zueinander.“ (Ausgabe vom 06.05.2026, S.2)

Strukturelle Probleme der Koalition (2)

- Zur parlamentarischen Demokratie gehören das ständige Formulieren und Propagieren politischer Alternativen, der Gegensatz von Regierung und Opposition.
- Wenn die Koalition der beiden stärksten demokratischen Parteien einer rechtsextremen Opposition gegenübersteht, funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr.
- Dieses Problem potenziert sich durch die zunehmende Skandalisierungs- und Empörungslogik der Medienlandschaft. Nicht die Auseinandersetzung um politische Alternativen, sondern Empörung und affektive Polarisierung beherrschen die mediale Öffentlichkeit.

Grundsätzliche Fragen an die Zukunft der pluralistischen Demokratie

In keinem der Kernländer des Westens gibt es derzeit noch eine stabile demokratische Regierung (weder in F noch in GB, von den USA ganz zu schweigen)

Vor allem nach zwei Seiten hin scheint die pluralistische, auf Kompromissen basierende Parteiendemokratie gegenüber ihren populistischen Herausforderern ins Hintertreffen zu geraten:

- Den Parteien gelingt es immer weniger, sich mit konzeptionellen Vorstellungen gegenüber starken Wirtschaftsinteressen und Lobbygruppen durchzusetzen.
- Die demokratische Öffentlichkeit wird zunehmend beherrscht durch eine affektive Skandalisierungs- und Empörungslgik.

Wann, wenn nicht heute...

- wären Ängste und Krisenbewusstsein in Veränderungsbereitschaft umzusetzen?
- hergebrachte Privilegien und die enorm gewachsenen Ungleichheiten im Namen des Gemeinwohls und größerer Gerechtigkeit abzubauen?
- über Stückwerkreformen hinausgehende strukturelle Neuanfänge möglich?

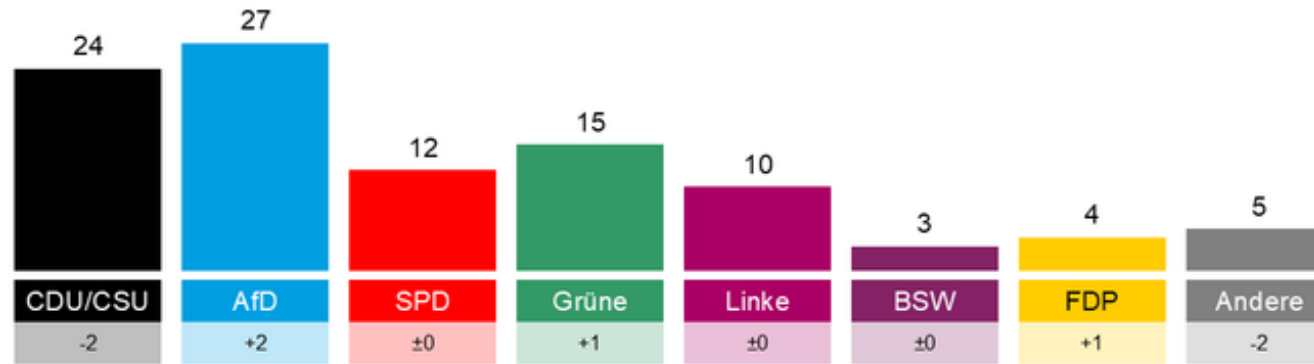
Aber:

trauen wir das einer Regierung unter Merz und Reiche, Klingbeil und Dobrindt zu?

Weitere Umfrageergebnisse

- s. die folgenden Folien

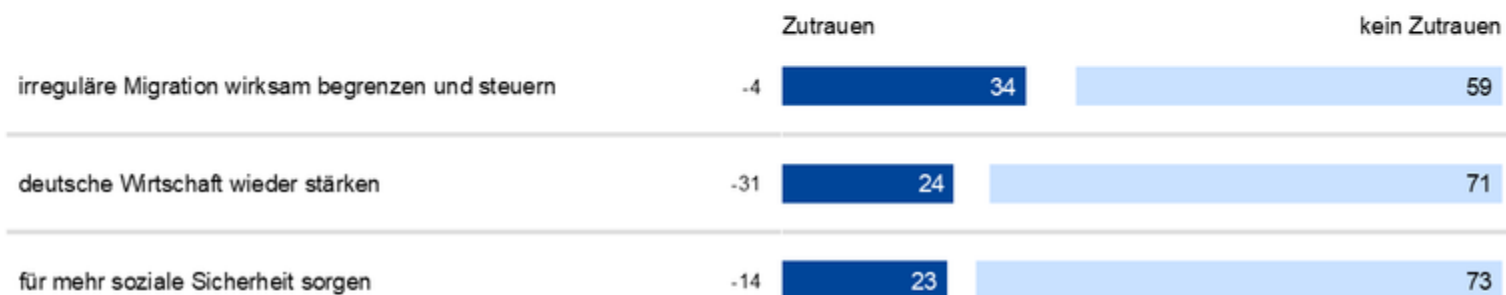
ARD-DeutschlandTREND Mai 2026
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland / Reihenfolge der Parteien entspricht dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2026

ARD-DeutschlandTREND Mai 2026
Erwartungen an Schwarz-Rot



Trauen sie der Regierung von CDU/CSU und SPD zu, ...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Juni 2025
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

ARD-DeutschlandTREND Mai 2026
Bilanz ein Jahr Schwarz-Rot



Wenn Sie an die Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD denken. Wie zufrieden sind Sie damit, ...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu März 2026
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe